



Gleichlautend:
Frau Oberbürgermeisterin
Henriette Reker
Rathaus

50667 Köln

Herrn Bezirksbürgermeister
Henk van Benthem
Friedrich-Ebert-Ufer 64-70

51143 Köln

Friedrich-Ebert-Ufer 64-70
51143 Köln
Tel: 0221 / 22197 - 303
Fax: 0221 / 22197 - 304
Mail: SPD-BV7@stadt-koeln.de
www.porzspd.de

Köln-Porz, 13.06.2016

Antrag zur Sitzung der Bezirksvertretung Porz am 14.06.2016

hier: Änderungsantrag zu TOP 7.2.1

Die Bezirksvertretung Porz schließt sich dem Änderungsantrag der SPD-Fraktion in der Bezirksvertretung Ehrenfeld an, den diese mehrheitlich verabschiedet hat, und passt ihn wie folgt auf die Porzer Situation an:

Die Bezirksvertretung Porz nimmt zu der o.a. Beschlussvorlage Stellung und regt an, dass der Rat diese bei seiner Entscheidung berücksichtigen möge.

1. Die Bezirksvertretung Porz begrüßt alle sinnvollen Möglichkeiten zur Verkürzung von Bauleitverfahren. Damit wird ein wesentlicher Beitrag geleistet, das wachsende Defizit an - insbesondere bezahlbarem - Wohnraum in Köln auszugleichen.

Dies darf aber nicht zu einer Aushöhlung der Beteiligungsrechte der politischen Gremien und der Bürger*innen führen.

2. Auf Grundlage der in Anlage 1 dargestellten tabellarischen Übersicht, Modell A (Beschlussempfehlung), schlägt die BV Porz folgende Änderungen vor:

Zu 1 „Zeitersparnis durch Entfall politischer Beschlüsse“

- a.) Aufstellungsbeschluss und
- b.) frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit

1. Die Bezirksvertretung verzichtet an dieser Stelle **nicht** auf ihre Beteiligungsrechte.

2. Das Zusammenlegen beider Verfahrensschritte ist sinnvoll. Es ist zu prüfen, ob an dieser Stelle die unter 2 beschriebene flexible Beratungsreihenfolge sinnvoll ist.

c.) Ergebnis frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung und

d.) Vorgabenbeschluss

können wie beschreiben zusammengefasst werden.

e.) Offenlagebeschluss

Hier steht „entfällt“, in Anlage 3 heißt es dem gegenüber, es soll eine Mitteilung an SteA und Bezirksvertretung geben. Die Bezirksvertretung ist einverstanden, sofern sie per Mitteilung informiert wird. Diese hat frühzeitig genug zu erfolgen, um eine Wahrung der Anhörungsrechte zu gewährleisten.

3. Die Verwaltung möge darstellen, wie künftig z. B. der Gestaltungsbeirat und ggf. Sanierungs- /Rahmenplanungsbeiräte in den Verfahrensablauf eingebunden werden sollen.

4. Insgesamt sollen durch das beschleunigte Verfahren zwischen 3 und 5 Monaten eingespart werden. B-Planverfahren dauern aber oft viele Jahre und das liegt nicht (nur) an den Beschlüssen der politischen Gremien und auch nicht an einer gelebten Beteiligungskultur, sondern spielt sich – dies ohne jede Wertung gesagt - ganz überwiegend innerhalb der Verwaltung ab.

In der Beschlussvorlage wird die Komplexität von B-Planverfahren beschrieben, es werden aber keine konkreten Maßnahmen zur Optimierung benannt.

Die Bezirksvertretung erwartet, dass die Verwaltung ihre Abläufe ebenfalls auf Möglichkeiten der Zeitersparnis hin untersucht und das Ergebnis vorstellt.

Dr. Simon Bujanowski
Fraktionsvorsitzender

Lutz Tempel
Stellv. Fraktionsvorsitzender